

FJSB-plus 2025/4

Karl-Heinz Reuband

Welchen Stellenwert hat die Ortsgröße für politische Proteste?

Eine vergleichende Analyse auf der Basis sächsischer Städte und Gemeinden¹

Zusammenfassung: Untersucht wird der Anteil von Städten und Gemeinden in Sachsen, in denen es in den letzten Jahrzehnten zu politischen Protesten kam. Diese umfassen die Proteste in der Wendezeit der DDR, Proteste gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen, asylfeindliche Proteste und Proteste gegen die politische „Rechte“. Durchgängig zeigt sich, dass das Vorkommen von Protesten mit zunehmender Ortsgröße absteigt. Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen fanden dabei die weiteste Verbreitung im Kreis der 419 Städte und Gemeinden. Über die Zahl der Teilnehmer an den unterschiedlichen Protesten liegen keine verlässlichen Zahlen vor. Umfragen legen zumindest nahe, dass in der Endzeit der DDR mehr Menschen mobilisiert wurden als in der Zeit von Corona.

Stichworte: Sachsen, Ortsgröße, DDR-Protest, Corona-Protest, Asylfeindliche Proteste, Proteste gegen die politische „Rechte“

Abstract: What is the role of community size for political protest? A comparative analysis based on Saxonian cities and communities. The focus is on the proportion of cities and communities in Saxonia, East Germany, in which political protest occurred within the last decades. The protest encompass the protests in the eve of the GDR, against the COVID-measures, against refugees and against the political “right”. Prevalence of protests increase with community size. The largest proportion of communities with protest can be found in the case of the COVID protests. No reliable

¹ Institut für Sozialwissenschaften, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, E-Mail: reuband.kh@gmail.com

information is available for number of participants; however surveys indicate that more people were active in the eve of the GDR- than in the COVID protests.

Key words: Saxony, size of community, GDR-protests, Covid-protests, refugee-hostile protests, protests against the political "right".

1 Einleitung

Solange es sich nicht um spezifische lokale Probleme handelt, finden Proteste meist lokalübergreifend statt. Je nachdem, wie sehr Proteste die Gesellschaft als Ganzes oder wesentliche Teile von ihr betreffen und je nach Ausmaß zuerkannter Wichtigkeit konzentrieren sie sich in der Regel auf die größeren Städte. Diese sind in gewissem Maße die „natürlichen“ Orte für überlokale Protest: Nicht nur, weil hier mehr Personen ansässig sind, die für den Protest mobilisierbar sind, sondern auch, weil die Städte selbst oftmals einen symbolisch herausgehobenen Charakter haben, der eine überlokale Sichtbarkeit garantiert. Einen Protest z. B. in Dresden vor der Semperoper oder der Frauenkirche abzuhalten, schafft aufgrund der kulturellen Aufgeladenheit dieses Ensembles eine erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit. Desgleichen ist eine Sichtbarkeit garantiert, wenn die Proteste in Landeshauptstädten stattfinden: den Orten, in denen die staatliche Macht konzentriert ist, die nicht selten selbst einen Adressaten des Protestes darstellt. Angesichts dieser Bedeutung ist es nicht unüblich, dass sich der Kreis der Protestteilnehmer in nennenswertem Maße auch aus Personen der unmittelbaren Umgebung zusammensetzt. Bei den PEGIDA-Demonstrationen in Dresden z. B. kamen in den Jahren 2015/16 rund die Hälfte der Teilnehmer von auswärts (Reuband 2022a: 266).

So sehr die großen Städte einen überproportionalen Anziehungspunkt für Proteste darstellen, so sehr nehmen sie doch keinen Exklusivcharakter ein. Zu Protesten kann es auch in kleineren und mittelgroßen Orten kommen – sei es aus eigener lokaler Betroffenheit durch Ereignisse, die allgemeinerer Natur sind, aber sich ebenfalls lokal niederschlagen (etwa, weil Flüchtlinge am Ort untergebracht werden sollen oder Corona-bedingte Mobilitätsbeschränkungen bestehen). Oder weil der Aufwand, eigens zu einem größeren Ort zu fahren, zu groß ist. Oder weil es lokale „Bewegungsunternehmer“ gibt, die am Ort zu Protest aufrufen und dazu mobilisieren.

Dass auch die kleinen Orte am Protest beteiligt sein können, wurde in der Vergangenheit – je nach Thema des Protests in unterschiedlichem Ausmaß – nicht selten mit einer gewissen Verwunderung konstatiert. Dies betraf die Proteste gegen das DDR-Regime (Richter 2009: 204), die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen (DIE WELT 2022). Und es betraf die Proteste gegen „rechts“. Dabei wurde im letzteren Fall das Besondere im Zusammenhang mit der überproportional großen AfD-Affinität der

Bevölkerung in kleineren Gemeinden gesehen: Sich gegen „rechts“ zu exponieren, würde hier häufig bedeuten, sich einer beträchtlichen Zahl von Personen mit rechtem Gedankengut entgegenzustellen, womöglich gar heftigen Konflikten ausgesetzt zu sein (Süddeutsche Zeitung 2024).

2 Zielsetzung und methodische Grundlagen

Welchen Stellenwert hat die Ortsgröße für Proteste? Wie verteilen sich Proteste auf Städte und Gemeinden mit unterschiedlich großer Einwohnerzahl? Und wie sehr gibt es Unterschiede in der Verbreitung je nach Thema des Protests? Zahlen dazu liegen bislang für die Bundesrepublik oder für einzelne Bundesländer nicht vor. Im Folgenden soll der Frage am Beispiel von Sachsen nachgegangen werden. Wir nehmen dabei ein breites Spektrum von Protest-Themen mit unterschiedlicher politischer Ausrichtung in den Fokus: Die Proteste reichen von solchen aus der Wendezeit der DDR über Proteste gegen Flüchtlinge und Migranten bis hin zu Protesten gegen die politische Rechte (Protest gegen „rechts“). Die Daten entstammen nahezu ausschließlich veröffentlichten Zusammenstellungen von Protestereignissen, geordnet nach Datum und mit Angaben zum Ort. Darauf aufbauend wurde die Zahl der Proteste den Städten und Gemeinden¹ in Sachsen – insgesamt 419 – zugeordnet und in einen gemeinsamen Datensatz integriert.

Die Daten sind naturgemäß mit Messfehlern behaftet. So finden sich in einigen Übersichten für einige der verzeichneten Kundgebungen keine Quellenangaben. Ob sich die Angaben auf Ankündigungen oder auf Berichte über stattgefundene Ereignisse beziehen, bleibt unklar. In manchen Verzeichnissen sind Kundgebungen sogar gelegentlich doppelt aufgeführt etc. (Reuband 2022b: 63f., 2024: 4) All dies dürfte freilich im Allgemeinen eher Einfluss auf die Erfassung der Zahl von Kundgebungen am Ort haben, nicht aber das Vorkommen am Ort per se betreffen.

Während auf der Ebene der gleichen themenbezogenen Protestserien in der Regel die gleichen Kriterien der Erfassung bestanden haben dürften², ist dies auf der Ebene der unterschiedlichen Serien weniger sicher – nicht nur der jeweiligen Quellen wegen.³ Gleichwohl müssen die

¹ Wir verwenden den Begriff Städte und Gemeinde im Folgenden verschiedentlich auch in abgekürzter Form synonym als „Gemeinde“ oder „Ort“.

² Im Fall der Anti-Asyl Proteste beschränkte sich die Chronik seit Januar 2016 auf Demonstrationen, bei denen es zu justiziablen Vorfällen kam (nicht angemeldet, Volksverhetzung, Angriffe auf Gegendemonstranten, Presse, Polizei etc. Inwieweit durch diese restriktivere Fassung eine nennenswerte Verschiebung in den Zahlen zustande kam, ist eine offene Frage.

³ Im Fall der Proteste in der DDR 1989/90 z.B. beruhen die Angaben auf Angaben der Teilnehmer, Zeitungsberichten und – je nach Zeitpunkt – auch auf Erfassungen durch die Staatssicherheit (siehe die Erläuterungen auf der Webpage). Im Fall der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen 2020/21 beruhen die Angaben auf denen der Polizei oder Hinweisen von Bürgern, von denen die Polizei Kenntnis erlangte. Bei den Corona-Protesten 2022 am 10.01. lag die niedrigste Zahl der Teilnehmer bei fünf Personen. Bei den Protesten gegen „rechts“, die in der Übersicht erfasst sind, lag sie bei 50 Teilnehmern. Die unterschiedlich hohen

Unterschiede nicht so groß sein, das man auf einen jeglichen Vergleich verzichten muss. Dies gilt auch in Bezug auf die Unterschiede in der Breite der Zeiträume, auf die sich die Angaben zu den Protestereignissen beziehen. Sie reichen von wenigen Tagen über mehrere Wochen bis zu nahezu zwei Jahren. In manchen Fällen ergibt sich der jeweilige Zeitraum aus der zeitlichen Begrenztheit der Ereignisse. In anderen Fällen resultiert er aus Beschränkungen in der Datenverfügbarkeit oder aus Entscheidungen forschungspragmatischer Art.⁴ Naturgemäß würde man erwarten, dass je größer der Erfassungszeitraum ist, desto größer die Wahrscheinlichkeit von Protestereignissen am Ort. Doch eine derartige Beziehung muss nicht sein – wie manche der Daten, auf die noch einzugehen ist, zeigen.

3 Verbreitung der Proteste

Wie verbreitet waren die Proteste? In der DDR fanden zwischen August 1989 und April 1990 in 36 % der sächsischen Städte und Gemeinden Proteste statt.⁵ Es handelt sich um Proteste in der Phase, in der die DDR noch existierte, es noch nicht zum Zusammenschluss mit der alten Bundesrepublik gekommen war. Die Proteste richteten sich nicht nur gegen das DDR-Regime, sondern bezogen sich – insbesondere nach dem Mauerfall – ebenfalls auf andere Konfliktthemen, beinhalteten z. B. Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen.

Mit einem Anteil von 34 % folgen 2020/21 in der Rangfolge der Nennungen – bezogen auf einen Zeitraum von nahezu eineinhalb Jahren – Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. Und mit einem Anteil von 32 % folgen Proteste gegen die Corona-Maßnahmen an drei Tagen im Januar des Jahres 2022. Es handelt sich um die Tage, an denen zu dieser Zeit am häufigsten Proteste abgehalten wurden (montags), und dies in einem Zeitraum von drei aufeinander folgenden Wochen. Der Anteil der Orte mit Protest 2022 ist praktisch identisch mit dem Anteil von 2020/21, der für einen beträchtlich längeren Zeitraum ermittelt wurde. Die Proteste gegen Flüchtlinge und Migranten (im Folgenden abgekürzt als „Anti-Asyl-Proteste“) und die Proteste gegen „rechts“ fanden im Vergleich zu

Minimalwerte je nach themenbezogener Demonstration müssen nicht Folge unterschiedlicher Kriterien sein, ab wann eine Protestversammlung als Protest zu zählen ist. Vielmehr dürfte sich darin auch die soziale Realität des Protests an den jeweiligen Tagen bei den unterschiedlichen Themen ausdrücken.

⁴ So stammen z. B. die Daten für die Corona-Proteste in den Jahren 2020/21 aus einer Zusammenstellung, die auf eine parlamentarische Anfrage hin entstand und sich auf einen Zeitraum in der Vergangenheit bezog. Und im Fall der Corona-Proteste 2022 interessierte uns nicht die Zahl der Protesttage, sondern die Teilnehmerzahlen an den ausgewählten Tagen.

⁵ Michael Richter berichtet, dass in Sachsen lediglich in 10 % der Orte Proteste stattgefunden hätten (Richter 2009: 204) – allerdings bezieht er sich dabei auf die Monate Oktober 1989 bis Februar 1990, während unser Zeitraum auch noch frühere und spätere Monate einbezieht.

den Protesten in der Wendezeit der DDR und der Corona-Zeit nur in einem Zehntel der Städte und Gemeinden eine nennenswerte Resonanz (Anti-Asyl Proteste 9 %, Proteste gegen „rechts“ 10 %).

Dass der Anteil in diesen Fällen so niedrig ausfällt, ist nicht etwa die Folge eines relativ kurzen Beobachtungszeitraums. Bei den Anti-Asyl-Protesten handelt es sich immerhin um einen Zeitraum von nahezu zwei Jahren. Und bei den Protesten gegen „rechts“ handelt es sich zwar nur um zwei Monate – aber es ist ein Zeitraum, der weitaus umfassender ist als der der Anti-Corona-Proteste vom Januar 2022. Zwar fanden Proteste gegen „rechts“ auch nach der von uns getätigten Beobachtungsperiode statt, aber diese waren alles in allem nicht mehr sehr zahlreich. Die Hochphase des Protests gegen „rechts“ entfällt auf den hier gewählten Zeitraum.

4 Kontinuitäten und Diskontinuitäten der Proteste: das Beispiel der Corona-Proteste

Auf den ersten Blick scheint für die hier betrachtete Zeit eine stabile Verbreitung der Proteste gegen die Corona-Maßnahmen typisch zu sein. So lag der Anteil 2020/21 mit 34 % der Orte auf praktisch dem gleichen Niveau wie 2022, als sich der Anteil auf 32 % belief. Doch die nähere Betrachtung relativiert diesen Eindruck. Es findet auf der Individualebene – auf der Ebene der einzelnen Städte und Gemeinden – nämlich durchaus in nennenswertem Maße ein Wechsel zwischen 2020/21 und 2022 statt: In 60 % der Orte, in denen 2020/21 Proteste gegen die Corona-Maßnahmen stattgefunden hatten, fanden 2022 erneut Proteste statt. Und wo es 2020/21 keine Proteste gegeben hatte, ereigneten sich 2022 in 17 % der Orte nunmehr Proteste. Die Korrelation zwischen den Zahlen von 2020/21 und 2022 liegt bei $r=.42$ ($p<0,001$).

Dass es bei den Corona-Protesten über die Zeit hinweg eine Kontinuität geben würde, war angesichts der anhaltenden Dauer der Corona-Krise zu erwarten. Doch dass sich die Wiederholungsrate des Protestes in den Orten, wo es 2020/21 Proteste gab, 2022 lediglich auf 60 % belief, dürfte überraschen. Schließlich hatte sich Ende des Jahres 2021 und zu Beginn des Jahres 2022 die Debatte um die Corona-Krise zugespitzt, war von einer möglichen Impfverpflichtung der Bevölkerung die Rede und war die Zahl der Protestierenden in der Bundesrepublik – und ebenso in Sachsen – generell gestiegen (Reuband 2022c).

Der Schlüssel zu diesem Phänomen eingeschränkter Kontinuität liegt in der Häufigkeit des Protestes gegen die Corona-Maßnahmen im Zeitraum 2020/21. In 39 % der Fälle fanden die Proteste nur ein- bis zweimal statt, in 29 % der Fälle drei bis zehn-mal und in 32 % der Fälle elf-mal und mehr. Je geringer die Zahl der Proteste in dieser Zeit war, desto geringer war die Wahrscheinlichkeit, dass sich am gleichen Ort im Jahr 2022 die Proteste wiederholten. Wo es lediglich einmal Proteste gegeben hatte, lag die Protestquote 2022 bei 24 %. Und wo es sie zweimal gegeben hatte, bei 29 %.

Demgegenüber belief sie sich an Orten, in denen es drei- bis zehnmal zu Protesten gekommen war, auf 78 %, und wo es elf-mal und mehr Proteste gegeben hatte, auf 87 %.

Dies spricht dafür, dass die Zahl der Proteste in den Jahren 2020/21 etwas über das Ausmaß des Widerstands in der Bevölkerung gegen die Corona-Maßnahmen und über die Kontinuität der Protestorganisation aussagt. Dabei müssen es nicht notwendigerweise die gleichen Personen oder Gruppen sein, die zu den Protesten mobilisierten. Es genügt, dass die eine Gruppe durch die andere ersetzt wird – an früheren Formen anknüpfend oder in neuer Form⁶ – und so für eine Kontinuität sorgt.

Erfasst man die Orte, an denen entweder 2020/21 *oder* an den drei Tagen im Januar 2022 Proteste gegen die Corona-Maßnahmen stattfanden, so kommt man auf einen Gesamtanteil von 45 %. Eine annähernde Vergleichbarkeit der Erfassung vorausgesetzt bedeutet dies: Der Anteil liegt höher als der Anteil, der für die Proteste in der DDR-Zeit ausgewiesen ist – was erstaunlich erscheinen mag. Ist doch die Annahme einer großen Protestwelle mit breiter Unterstützung durch die Bevölkerung in der Endzeit der DDR weithin verbreitet. Doch die hier diskutierten Zahlen sagen nichts über die Zahl der Protestierenden, sondern nur über die Zahl der Orte aus. Zwar mag es auf den ersten Blick plausibel erscheinen, dass mit steigender Zahl der Orte die Zahl der Protestierenden ansteigt – doch ein zwingender Zusammenhang ist dies nicht. Die Zahl der Teilnehmer mag die gleiche sein, sich nur anders, auf mehrere Orte verteilen.⁷ Was die Zahlen lediglich aussagen, ist, dass das Ausmaß geographischer Diversifizierung bei den Corona-Protesten größer war als bei den Protesten zu DDR-Zeiten.

Typisch für die frühe Phase des Protests gegen das DDR-Regime – im Oktober 1989 – war, dass sich die Kundgebungen auf bestimmte Orte, in denen sich frühzeitig Protest formiert hatte, konzentrierten. Eine herausgehobene Stellung nahm Leipzig ein. In anderen Orten formierten sich eigens Fahrgemeinschaften, die zu den Montagsdemonstrationen nach Leipzig fuhren. Und der Anteil der Auswärtigen unter den Protestierenden bildete – nimmt man die Zusammensetzung der Verhafteten als Maßstab – oftmals eine Mehrheit (Richter 2009: 210). Auch andere Orte wurden zu einem Zentrum von Protesten und zogen in großem Stil Personen von außerhalb an. „Sonst hätte

⁶ In der Zeit, in der größere Menschenansammlungen und Kundgebungen verboten waren, verlegten sich die Protestierenden vermehrt auf „Spaziergänge“, ohne Banner oder Plakate.

⁷ Auch die Zahl der Kundgebungen sagt nicht notwendigerweise etwas aus über die Gesamtheit der Teilnehmer. So gingen im Oktober 1989 bis Februar 1990 in Leipzig fast doppelt so viele Menschen auf die Straße als in Dresden und etwa viermal so viele wie in Chemnitz („Karl-Marx-Stadt“), während die Zahl der Demonstrationen in Leipzig viel geringer war als in Dresden. Leipzig war der Mittelpunkt und zum Symbol für die Montagsdemonstrationen geworden. Hier bündelte sich das Protestpotential (Richter (2009: 206). In unserer Auswertung, die sich auf einen breiteren Zeitraum bezieht, weist Leipzig die höchste Zahl an Kundgebungen auf, dicht gefolgt von Dresden und dann Leipzig.

eine Stadt in der Größe Plauens mit etwa 80.000 Einwohner nicht über 40.000 Demonstranten zählen können“ (Zwahr 1995: 243).

In der Tat sprechen Bevölkerungsumfragen dafür, dass das Ausmaß der Mobilisierung in der Wendezeit der DDR beträchtlich höher lag es die Zahlen zu den Orten des Protests nahelegen – und höher auch als in der Zeit von Corona der Fall war. Der Anteil der Leipziger, die sich an der Leipziger Montagsdemonstration vom 09. Oktober 1989 beteiligten – einem „Schlüsselereignis der Friedlichen Revolution“ –, betrug einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zufolge 26 % (Opp 2012: 146). Und der Anteil, derer, die sich an den Protesten zwischen Oktober 1989 und März 1990 beteiligten, 45 % (Jenkel und Lippert 1998: 265). Womöglich wichen die Verhältnisse in Ostdeutschland für den gleichen Zeitraum nicht allzu sehr davon ab. Zahlen des „World Value Survey“ von 1990 – die allerdings mit gewissen Einschränkungen zu bewerten sind (Reuband 2019: 224f.) – liegen auf einem ähnlichen Niveau.

Demgegenüber beurteilten im Jahr 2020 (ähnlich wie in anderen ostdeutschen Bundesländern) lediglich 21 % der sächsischen Bevölkerung die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen als „gut“ (Reuband 2022c:77). Und nur ein Teil von denen, die für die Proteste Verständnis hatten, dürften bereit gewesen sein, sich an ihnen zu beteiligen, oder gar daran teilgenommen haben (vgl. Grande et al. 2021: 8, COSMO 2022, Koos und Binder 2021: 302, Wetzels und Brettfeld 2022: 31). Was bedeutet, den Anteil der Teilnehmer an Corona-Protesten niedriger anzusetzen als den Anteil der Protestbefürworter – jedenfalls niedriger als den Anteil der Teilnehmer an den Protestkundgebungen in der Wendezeit der DDR 1989/90.

Differenziert man die Corona-Proteste nach Ortsgröße, so wird deutlich: Sowohl die Kontinuität des Protests als auch der Neuzugang von Protestierenden nimmt mit steigender Ortsgröße zu. Dass in den größeren Orten die Zahl der Proteste größer ist als in den kleineren und mittelgroßen Gemeinden dürfte ebenso einen Anteil an dieser Beziehung haben wie die Tatsache, dass es aufgrund der größeren Einwohnerzahl möglich ist, überhaupt Protest mit nennenswerter Teilnehmerzahl zu organisieren und damit Neuzugänge zu gewinnen.

In Orten mit bis zu 4.000 Einwohnern beläuft sich die die Kontinuitätsrate auf 14 %, in Orten mit 4.000 bis 8.000 Einwohnern auf 34 % und in Orten mit 8.000 bis 20.000 Einwohnern auf 90 %. Demgegenüber liegt die Rate der „Neuzugänge“ in Orten mit bis zu 4.000 Einwohnern bei 6 %, in Orten mit 4.000 bis 8.000 Einwohnern bei 37 % und in Orten mit 8.000 bis 20.000 Einwohnern bei 50 %. Legt man den Anteil der Orte zugrunde, in denen entweder 2020/21 oder 2022 Proteste gegen die Corona-Maßnahmen stattfanden, so kommt man in Orten unter 2.000 Einwohnern auf einen Gesamtanteil von 11 %, in Orten mit 2.000 bis 4.000 Einwohnern auf 24 %, in Orten mit 4.000 bis

8.000 Einwohnern auf 58 %, Orten mit 8.000 bis 20.000 auf 88 % und Orten mit mehr als 20.000 Einwohnern auf 100 %.

5 Unterschiede nach Einwohnerzahl und Zentralität der Gemeinde

Wie man der *Tabelle 1* entnehmen kann, zeigen sich über alle Protestthemen hinweg starke Unterschiede in der jeweiligen Verbreitung nach Ortsgröße. Während in Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern kaum Proteste stattfanden, gab es sie in nahezu allen Städten und Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern. So fanden hier zu 96 % Proteste in der Wendezeit der DDR statt, in gleichem Umfang gegen die Corona-Maßnahmen, zu 80 % Proteste gegen „rechts“, und in nennenswertem Maße Proteste gegen Flüchtlinge und Migranten: zu rund 56 %.

Tabelle 1: Verbreitung von Protesten in Städten und Gemeinden Sachsens nach Protestthema und Einwohnerzahl (Anteil an Orten in %)

	Einwohnerzahl					Ins- gesamt
	Bis 2.000	2.000- 4.000	4.000- 8.000	8.000- 20.000	Über 20.0000	
DDR-Proteste 1989/90	11	15	44	73	96	36
Corona-Proteste 2020/21	3	10	36	80	96	34
Corona-Proteste 2022	8	18	34	75	96	32
Anti-Asyl-Proteste 2015/16	1	1	5	23	56	9
Proteste gegen „rechts“ 2024	-	1	1	29	80	10
(N=)	(91)	(125)	(112)	(66)	(25)	(419)

Basis: 419 Städte und Gemeinden in Sachsen

Protestereignisse (1) *DDR-Proteste 1989/90:* Proteste in der Wendezeit der DDR in der Zeit vom 13. 08.1989 bis 30.04.1990 (2) *Corona-Proteste 2020/21:* Proteste gegen die Corona- Maßnahmen vom März 2020 bis Mitte September 2021 (3) *Corona-Proteste 2022:* Proteste gegen die Corona-Maßnahmen an drei Montagen des Januar 2022 (10.01, 17.01, 24.01.) (4) *Anti-Asyl-Proteste 2015/16:* Proteste gegen Flüchtlinge/Migranten in den Jahren 2015 und 2016 (5) *Proteste gegen „rechts“ 2024:* Proteste gegen „rechts“ in der Zeit vom 13.01. bis 25.03. 2024.

Quellen: Entnommen wurden die Angaben zu den Protesten in der Wendezeit der DDR der Webseite des „Archiv Bürgerbewegung“, die Angaben zu den Corona-Protesten 2020/21 einer Zusammenstellung des Sächsisches Staatsministerium des Innern (2021, dazu vgl. Reuband 2022b), den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen im Januar 2022 den Angaben der Polizeidirektionen der kreisfreien Städte und Landkreise Sachsens (auf Anfrage des Verfassers hin), den Anti-Asyl-Protesten („flüchtlingsfeindliche Vorfälle“) der Webseite von „Mut gegen rechte Gewalt“ (2024, vgl. Reuband 2024), den Protesten gegen „rechts“ im Wesentlichen der Webseite von DemokraTEAM (2024, vgl. Reuband 2024).

In den kleinen Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern waren Proteste am seltensten – am ehesten noch in der Zeit der Wende der DDR und gegen die Corona-Maßnahmen 2020/21. In Orten mit 2.000 bis 4.000 Einwohnern lagen die Protestanteile schon höher – mit einem leichten Unterschied in den Akzenten: Die Corona-Proteste 2020/21 mobilisierten hier etwas mehr Menschen als zur Zeit der DDR, während es sich zuvor (und ebenfalls in den nächstgrößeren Orten) umgekehrt verhielt. Alles in allem sind diese Unterschiede gering, sie belaufen sich auf einige wenige Prozentpunkte, man sollte dem Befund deshalb kein allzu großes Gewicht zukommen lassen. Proteste gegen Flüchtlinge und Migranten sowie die Proteste gegen „rechts“ sind in nennenswertem Maße erst in Gemeinden ab 8.000 Einwohnern anzutreffen.

Nun sind größere Orte, so sehr sie ein Ort überlokaler Proteste sein mögen, nicht von überall gut zu erreichen. Der Aufwand, sich dort hinzubegeben, mag für viele Personen zu groß sein. Unter diesen Umständen stellt sich die Frage nach dem Stellenwert von zentralen Orten, die innerhalb des Landkreises eine herausgehobene Bedeutung einnehmen, insofern sie als eine Art Zentrum mit überlokaler Funktion fungieren: in Fragen der Verkehrslage, der Infrastruktur, der Wirtschaftslage etc. Es sind Orte, die innerhalb des eigenen Lebensbereichs des Öfteren genutzt werden – etwa beim Einkaufen, beim Arztbesuch etc. – und bei denen die Schwelle, sie aufzusuchen, entsprechend geringer ist als im Fall größerer Orte.

In Sachsen werden zu den „zentralen Orten“ amtlicherseits die Städte Dresden, Leipzig und Chemnitz, sowie Plauen und Zwickau als „Oberzentren“ gezählt, zu den „Mittelzentren“ gehören Gemeinden wie Freiberg, Pirna oder Zittau. Dabei ist es durchaus möglich, dass – je nach Größe des Landkreises – mehrere Gemeinden als ein zentraler Ort gezählt werden. So wie im Erzgebirgskreis die Orte Annaberg-Buchholz und Stollberg. Die Korrelation zwischen der Ortsgröße und der Zentren-Zugehörigkeit (hier Ober- und Mittelzentren zusammengefasst) ist nicht besonders groß, sie liegt bei $r=.37$. Was bedeutet, dass Zentren-Zugehörigkeit nicht notwendigerweise mit einer großen Einwohnerzahl identisch sein muss.

Welchen relativen Stellenwert Ortsgröße und Zentren-Funktion auf die Häufigkeit der Proteste im Vergleich einnehmen, findet sich im Rahmen einer OLS-Regression in *Tabelle 2*.⁸ Dabei wird deutlich,

⁸ Basis ist die Gesamtheit der Orte. Wo kein Protest stattfand, liegt der Wert der abhängigen Variablen dementsprechend auf null. Würde man sich nur auf diejenigen Orte beziehen, in denen Proteste stattfanden, würde man die folgenden beta-Werte der OLS-Regression bekommen: DDR-Proteste: Einwohnerzahl .69

dass die Ortsgröße überall – mit nahezu gleichem beta-Wert – den größten Effekt ausübt. Darauf folgt mit einem geringeren, gleichwohl statistisch signifikanten Wert die Zentren-Funktion. Ihr Effekt ist nicht überall gleich stark, weist einen deutlich niedrigeren Wert bei den Anti-Asyl Protesten auf. Der Grund dafür mag sein, dass sich die Anti-Asyl-Proteste oftmals an der geplanten oder bereits vollzogenen Unterbringung von Flüchtlingen vor Ort entzündeten und sich die Allokation der Flüchtlinge an anderen Kriterien als der Ortsgröße oder der Zentrumsfunktion ausrichtete.

Tabelle 2: Einfluss von Einwohnerzahl und Zentren-Funktion des Ortes auf die Zahl der Proteste nach Protestthema (beta-Koeffizienten der OLS-Regression)

	DDR-Protest	Corona 2020/21	Anti-Asyl	Gegen „rechts“
Einwohnerzahl	.64***	.69***	.60***	.61***
Zentren-Funktion	.34***	.26***	.13**	.24***
R ²	.68	.63	.42	.53

Zahl der Proteste: Zahl der Proteste innerhalb des jeweiligen Erfassungszeitraums; Einwohnerzahl insgesamt; Zentren-Funktion des Ortes (Ober-, Mittelzentren)

6 Schlussbemerkungen

Protestkundgebungen finden in der Regel in größeren Städten eher statt als in kleinen und mittelgroßen Städten. Dies gilt für alle der hier betrachteten Proteste, ungeachtet der jeweiligen Thematik. Am häufigsten, so zeigte sich für Sachsen, vermochten die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen eine breite Mobilisierung über verschiedene Orte hinweg zu leisten. Sie scheinen selbst die Proteste in der Endphase der DDR – zumindest was ihre regionale Verbreitung betrifft – zu überragen. Der zeitlich längere Zeitraum, der mit der Corona-Phase verbunden ist, stellt dabei nur eine Teilerklärung dar.

Wie es sich mit den Teilnehmerzahlen bei den unterschiedlichen Protesten verhält, ist eine andere Frage. Die Angaben in den zur Verfügung stehenden Veröffentlichungen, die sich auf die einzelnen Protestereignisse beziehen, sind in dieser Hinsicht in der Regel nicht aussagekräftig genug. Auch muss man bedenken, dass selbst wenn man sie hätte, die Zahlen nicht einfach (wie oftmals üblich) aufeinander addiert werden können. Denn sie ergeben sich zum einen aus dem Kreis derer, die schon

($p < 0,001$), Zentren-Funktion .27 ($p < 0,001$); Corona-Proteste 2020/21: Einwohnerzahl .72 ($p < 0,001$), Zentren-Funktion .19 ($p < 0,001$), Anti-Asyl Proteste: Einwohnerzahl .51 ($p < 0,01$). Zentren-Funktion .20 (n.s.); Proteste gegen „rechts“: Einwohnerzahl .71 ($p < 0,001$), Zentren-Funktion -.13 (n.s.).

früher an den Kundgebungen teilnahmen, als auch denen, die neu dazugekommen sind. Und dieser Anteil kann im Lauf der Protest-Historie variieren.

Dass aus den unterschiedlichen Anteilen der Orte, an denen Proteste stattfinden, nicht ohne Einschränkungen auf das Ausmaß an Protestbeteiligung rückgeschlossen werden kann, legen Umfragen zu der Teilnahme an den Kundgebungen in der Endphase der DDR und an den Corona-Kundgebungen nahe. Danach gab es zwar im Fall der Corona-Proteste mehr Orte als in der Endphase der DDR, in denen Proteste stattfanden, aber der Kreis der Teilnehmer war zur Zeit der DDR größer. Inwiefern sich die sächsischen Verhältnisse in ähnlicher Weise in den anderen Teilen Ostdeutschlands wiederfinden, ist eine offene Frage. Sachsen nimmt nicht nur mit den Montagsdemonstrationen an den Protesten gegen das DDR-Regime eine herausgehobene Rolle ein (Archiv Bürgerbewegung Leipzig o.J.), sondern auch in der Oppositionshaltung gegenüber den Corona-Maßnahmen. Nicht nur dass diese kritischer beurteilt wurden als in anderen Bundesländern, es nahm – wie man es für die Zeit Anfang 2022 nachweisen kann – dort auch ein größerer Anteil von Personen an den Kundgebungen gegen die Corona-Maßnahmen teil (Reuband 2022c).

Karl-Heinz Reuband, Professor für Soziologie (em.) am Institut für Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf; Mail: reuband.kh@gmail.com

Literatur

Archiv Bürgerbewegung Leipzig, o. J.: Demo Chronik 1989/90. Demonstrationen vom 13. August 1989 bis 30. April 1990 (URL: <https://www.archiv-buergerbewegung.de/themen-sammlung/demonstrationen>; Zugriff 04.05.2024).

COSMO 2022: Demonstrationsbereitschaft und Reaktanz. COVID-19 Snapshot Monitoring. (URL: <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/web/topic/vertrauen-ablehnung-demos/20-demonstrationsbereitschaft/>; Zugriff 17.09.2024).

DemokraTEAM 2024: Statistik: Zahl der Demonstrierenden (URL: <https://www.demokrateam.org/report/>; Zugriff 04.05.2024).

DIE WELT 2022: Großer Breite des Protests bis in die kleinsten Ortschaften hinein, 20.01.2022 (URL: <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus236366631/Corona-Demos-Breite-der-Proteste-bis-in-kleinste-Ortschaften-hinein.html>; Zugriff 17.09.2024).

Grande, Edgar/ Hutter, Sven/ Hunger, Sophia / Kanol, Eylem 2021: Alles Covidioten? Politische Potentiale des Corona-Protests in Deutschland. Discussion Paper 2021-06. Berlin: WZB (URL: <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2021/zz21-601.pdf>; Zugriff 18.09.2024).

Jenkel, Dorett/ Lippert, Susanne 1998: Politische Proteste in Leipzig von 1990 bis 1996. Befragungen und Dokumentenanalysen im Vergleich. In: Michael Häder/Sabine Häder (Hg.): Sozialer Wandel in Ostdeutschland. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 256-285.

Koos, Sebastian/ Binder, Nicolas 2021: Wer unterstützt die „Querdenker“? Die Corona-Proteste im Spiegel der öffentlichen Meinung. In: Sven Reichardt (Hg.): Die Misstrauensgesellschaft der „Querdenker“: Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Sicht. Frankfurt/M.: Campus, S. 295-320.

Mut gegen rechte Gewalt 2024: Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle (URL: <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle>; Zugriff 04.05.2024).

Opp, Karl-Dieter 2012: Die Produktion historischer „Tatsachen“. Wie die falsche Teilnehmerzahl der Leipziger Montagsdemonstration am 9. Oktober Allgemeingut wurde, in: *Soziologie*, 41, S.143-157 (URL: <https://publikationen.soziologie.de/index.php/soziologie/article/view/726/519>; Zugriff 18.09.2024).

Reuband, Karl-Heinz 2019: PEGIDA und die Montagsdemonstrationen in der „Wende“-Zeit der DDR: Kontinuitäten und Diskontinuitäten des Protests, in: *Zeitschrift für Parteienwissenschaften (MIP)*, 25, Heft 2, S. 220-234 (URL: <https://mip.pruf.hhu.de/article/view/139/141>).

Reuband, Karl-Heinz 2022a: Rechtspopulismus, Fremdenfeindlichkeit und PEGIDA. Wie sich die Teilnehmer der PEGIDA-Kundgebungen von der „Normalbevölkerung“ unterscheiden. In: Heinz Ulrich Brinkmann/ Karl-Heinz Reuband (Hg.) *Rechtspopulismus in Deutschland. Wahlverhalten in Zeiten politischer Polarisierung*. Wiesbaden: Springer VS, S. 257-297.

Reuband, Karl-Heinz 2022b: Regionale Proteste gegen die Corona-Maßnahmen in Sachsen. Der Stellenwert von AfD-Affinitäten, Verschwörungsdenken und Ortsgröße. In: *Zeitschrift für Politik*, 69, Heft 1, S. 55-77.

Reuband, Karl-Heinz 2022c: AfD-Affinitäten, Corona-bezogene Einstellungen und Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. Eine empirische Analyse auf Bundesländerebene. In: *Zeitschrift für Parteienwissenschaften (MIP)*, 28, Heft 1, S. 64-91 (URL: <https://mip.pruf.hhu.de/article/view/477>).

Reuband, Karl-Heinz 2024: Protest gegen „rechts“. Der Einfluss lokaler politischer Rahmenbedingungen auf das Protestgeschehen in sächsischen Gemeinden. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 37, Heft 4, FJSB plus.

Richter, Michael 2009: Die Revolution in der Provinz – Sachsen zum Beispiel. In: Karl-Dieter Henke (Hg.): *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*. München: dtv, S. 198-212.

Sächsisches Staatsministerium des Innern 2021: Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE. Drs. Nr. 7/7644. Extrem rechtes, rassistisches und gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona Pandemie gerichtetes „Protest“-Geschehen im Freistaat Sachsen seit dem Jahr 2018. Anlage 2.2. Dresden 2021 <https://edas.landtag.sachsen.de/>; Zugriff 08.01.2022).

Süddeutsche Zeitung 2024: Demos gegen Rechtsextremismus in Kleinstädten: Protest unter anderen Bedingungen, 23.01.2024 (URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/demo-afd-ostdeutschland-zittau-meissen-1.6337473>; Zugriff 17.09.2024).

Wetzels, Peter/ Brettfeld, Katrin 2022: Auswirkungen verschwörungstheoretisch konnotierter Formen der Delegitimation von Politik, Wissenschaft und Medien im Kontext COVID-19 Pandemie auf demokratieablehnende Einstellungen sowie Intoleranz und Vorurteile. *motra*. Forschungsbericht No.

3. Hamburg: Institut für Kriminologie (URL: <https://epub.sub.uni-hamburg.de/epub/volltexte/2023/144933/>; Zugriff 17.09.2024).

Zwar, Helmut 1995: Die Revolution in der DDR 1989/1990 – eine Zwischenbilanz. In: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hg.) Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen. Rückblick und Zwischenbilanz. Weimar/Köln/Wien: Böhlau, S. 205-252.